



Maja Ingold möchte vom Nationalrat ins «Stöckli» zügeln

Im Ständerat die soziale Mitte der EVP einbringen

Maja Ingold ist eine vielseitige Politikerin – ihr ist ein starker Sozialstaat wichtig

■ MARGRIT WÄLTI, HENGGART

Die EVP-Delegiertenversammlung hat Nationalrätin Maja Ingold für die Wahl in den Ständerat nominiert. Ihr ist es ein Anliegen, auch im «Stöckli» die soziale Mitte vertreten zu können.

Maja Ingold ist überzeugt: «Als EVP sind wir in der sozialen Mitte allein. Die Grünliberalen, die BDP und die CVP, die man auch zur Mitte zählt, vertreten soziale Anliegen selektiv und setzen die Prioritäten deutlich anders.» Die Sozialwerke wie die IV und die Arbeitslosenversicherung sowie generationenverträgliche AHV-Renten stehen oben in Maja Ingolds Agenda. Dazu sagt sie, dass die Schweiz im internationalen Vergleich einen unbestritten hohen Standard der sozialen Sicherheit habe. Dieser Standard beschere dem Staat aber einen hohen Sanierungsdruck. Die damit verbundenen Gesetzesrevisionen grenzen immer mehr Menschen aus. Die entsprechenden Kosten tragen die Kantone und vor allem die Gemeinden. Das letzte Auffangnetz, die Sozialhilfe, sei dafür aber gar nicht geschaffen. Das Sozialindustrie-Bashing und die Tatsache, dass die Beziehenden von staatlicher Unterstützung immer mehr unter dem Generalverdacht des Missbrauchs stehen, sind Maja Ingold zuwider.

Die Politik der EVP-Ständeratskandidatin ist nicht nur auf die sozialen Themen fokussiert: «Wenn Sozialpolitik erfolgreich sein soll, muss man auch eine gewisse Wirtschaftsfreundlichkeit haben, weil die Firmen gute Rahmenbedingungen brauchen, um Arbeitsplätze schaffen zu können». Sie befasst sich ausser der Sorge

um den Werkplatz Schweiz auch mit der Europa-Politik und ist der Meinung, dass die bilateralen Verträge nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen.

«Wenn Sozialpolitik erfolgreich sein soll, muss man auch eine gewisse Wirtschaftsfreundlichkeit haben.»

Die Schweiz habe halt den Ruf der «Rosinenpickerin» und der Bundesrat habe darum einen schweren Stand bei den Verhandlungen über die Masseneinwanderungs-Initiative. Die Ängste der Bevölkerung vor Arbeitsplatzkonkurrenz und Wohnungsnot müssten jedoch ernst genommen werden. Für die EVP-Politikerin ist

klar, dass unser Wohlstand den Zuwanderungsdruck erhöht. Der Wunsch nach einer Obergrenze bei der Zuwanderung sei legitim. Aber ebenso sei es legitim, dass Ausländerinnen und Ausländer ein besseres Leben suchten bei uns. Darum soll integriert werden, wer nach Ausländer- oder Asylrecht in der Schweiz bleiben darf, und diese Menschen sollen gefördert, aber auch gefordert werden. Eine gelungene Integration bedeutet Innovation und Generationendialog.

Maja Ingolds Werdegang ist geprägt von verantwortungsvoller Politik. Nach 8 Jahren im Stadtrat Winterthur konnte sie 2010 auf der EVP-Liste in den Nationalrat nachrutschen. Ihre sachliche und konstruktive Politik möchte sie nun gerne im Ständerat fortführen.

EDITORIAL

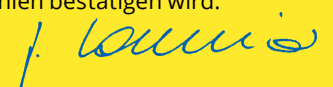


Johannes Zollinger

EVP-Kantonalpräsident,
Wädenswil

Danke!

Wir danken den Wählerinnen und Wählern herzlich für die eindrückliche Unterstützung der EVP bei den kantonalen Wahlen 2015. Engagiert, kreativ und überzeugend haben Sie alle dazu beigetragen, dass wir in der nächsten Legislatur mit einem Sitz mehr im Kantonsrat vertreten sind. Das ist sehr ermutigend und hilft uns in der parlamentarischen Arbeit, die Anliegen der EVP noch besser zu vertreten. Der Verlust des einzigen Sitzes in der Stadt Zürich trübt diese Freude etwas. Mit Peter Ritschard verlieren wir einen geschätzten und über die Parteigrenzen hinaus sehr geachteten Kollegen. Wir werden die Basisarbeit in der Stadt Zürich verstärken und sind überzeugt, dass die EVP auch da wieder Wahlerfolge feiern wird. Wir sind zuversichtlich, dass sich der Aufwärtstrend im Herbst auch bei den eidgenössischen Wahlen bestätigen wird.



Ja zur Erbschaftssteuerreform

Einkommen entlasten – AHV stärken

■ PETER SCHÄPPI, MITINITIANT, EVP WÄDENSWIL

Der Abstimmungskampf für unsere Volksinitiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» ist kein Sonntagsspaziergang. Den Initianten bläst ein rauer Wind entgegen. Das Budget der Gegner ist riesig.

Demgegenüber muss das Initiativkomitee aus EVP, SP, Gewerkschaftsbund und Grünen mit einem sehr bescheidenen Budget auskommen. Das hält uns aber nicht davon ab, für die gute und ausgewogene Vorlage zu kämpfen.

Die Eckpunkte der angestrebten Erbschaftssteuerreform sind bekannt: Ersatz der kantonalen Erbschaftssteuern durch eine Bundessteuer, deren Ertrag vor allem einer Stärkung der AHV dient, Besteuerung des Nachlasses und nicht der einzelnen Erben und Vermächtnisnehmer, hoher allgemeiner Freibetrag von 2 Mio. Franken (was für Ehepaare bis 4 Mio. ergibt), Erleichterungen für Familienunternehmen, Steuerbefreiung für Ehepartner, Bauernhöfe und gemeinnützige Organisationen.

Entlastet werden durch die Reform alle Erben und Bedachten, die nicht direkte Nachkommen des Erblassers sind. Sie werden bis jetzt mit bis zu 49% Steuer belegt. Entlastet werden zudem die Lohnbezüger und die Wirtschaft, da der Druck auf die AHV-Beiträge gemildert wird.

Und schliesslich profitieren wir alle von der Stärkung der AHV, des wichtigsten Sozialwerkes der Schweiz.

«Entlastet werden zudem die Lohnbezüger und die Wirtschaft, da der Druck auf die AHV-Beiträge gemildert wird.»

Die Erbschaftssteuerpflicht wird schätzungsweise nur 2% der Nachlässe betreffen. Auch für diese ist sie mit 20% auf dem steuerpflichtigen Teil moderat ausgestaltet und gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig (D 30%, F und GB 40%, USA 49%). Immerhin kann die Reform dazu beitragen, die immer grössere Konzentration der Vermögen in wenigen Händen zu mildern.

Die Opposition kommt vor allem aus dem Gewerbe. Sie übersieht, dass für Familienunternehmen besondere Ermässigungen vorgesehen sind, «damit ihr Weiterbestand nicht gefährdet wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben». Über die Ausgestaltung entscheidet das bürgerlich dominierte Parlament. Ein zusätzlicher Freibetrag von 50 Millionen, wie ihn die Initianten vorschlagen, dürfte so gesichert sein.

Die EVP steht voll hinter ihrer Initiative. Nun gilt es, am 14. Juni JA zu stimmen und möglichst viele weitere Stimmberechtigte von einem JA zu überzeugen.

IN KÜRZE

Gemeinderatspräsident

Gemeinderat **Hanspeter Clesle** wurde am 6. Mai ehrenvoll zum Adliswiler Ratspräsidenten gewählt. Die Wahl erfolgte auf Vorschlag der Fraktionsgemeinschaft EVP-FDP.

Gemeinderatswechsel

Nach 9 Jahren Ratsarbeit im Winterthurer Parlament, wovon 1 Jahr als Gemeinderatspräsidentin, ist Barbara Günthard Fitze zurückgetreten. Ihr Nachfolger ist Thomas Deutsch.

Friedensrichterwahlen

Wir gratulieren **Walter Schoch** zu seiner ausgezeichneten Wahl als Friedensrichter in Bauma und 2 weiteren Gemeinden. Ebenso gratulieren wir **Christa Maag** in Dietikon zur guten Wiederwahl.

Rolf Etter verstorben

Wir entbieten den Angehörigen von **Rolf Etter** unser herzliches Beileid. Dr. sc.nat. Rolf Etter diente dem Kanton Zürich als Kantonschemiker und der EVP als Thalwiler Vizepräsident und beschlagener kantonalen Delegierter. Er verstarb am 22. April nach langer Krankheit.

LESERBRIEF – CHRISTLICHE MINDERHEITEN

Der Bundesrat hat entschieden, dass die Schweiz ein Kontingent von 3000 «besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen» aus Syrien aufnehmen wird. Das UNO-Hochkommissariat bestimmt, wer unter dieses Kriterium fällt. Im Syrien-Konflikt gibt es einen Machtkampf zwischen Schiiten und Sunniten. Entsprechend parteiisch zugeteilt ist auch die finanzielle Un-

terstützung der kriegerischen Handlungen aus den islamischen Ländern. Richtig wäre, wenn diese Länder auch «ihre» Flüchtlinge aufnehmen würden. Aber offenbar haben weder Saudiarabien noch die Golfstaaten Flüchtlinge aufgenommen. Die vertriebene Minderheit der Christen hat keine solche Schutzmacht im Rücken und verfügt über keine Perspek-

tive. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Schweiz das obengenannte Kontingent primär der christlichen Minderheit zur Verfügung stellen sollte.

*Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP, Wallisellen
Peter Reinhard, Kantonsrat EVP, Kloten*

ANZEIGEN

Verzeichnis online unter:
vch.ch

vch HOTELS
Verband Christlicher Hotels

VCH – Verband christlicher Hotels
Via Migjone 31 – CH-6616 Losone
T +41 (0)32 510 57 77 | mail@vch.ch | www.vch.ch

Berggenuss schon ab CHF 98.00 pro Person / Nacht mit Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

silserhof
7515 Sils-Baselgia (Engadin)

vch HOTELS
Verband Christlicher Hotels

Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio- und Fernsehen

JA zur Stipendieninitiative



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Die Delegierten der EVP Schweiz sagten mit 65 zu nur 18 Stimmen JA zum revidierten Radio- und Fernsehgesetz. Die JA-Parole zur Stipendieninitiative kam demgegenüber nur mit 50 zu 42 Stimmen zustande.

Das Gebührensystem des geltenden Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen ist veraltet. Auch wer weder Fernseher noch Radio besitzt und keine Gebühren bezahlt, kann die Sendungen empfangen. Die neue Medienabgabe für (fast) alle ist deshalb fair und verbilligt zudem die Kosten des Medienkonsums für all jene, die eine Konzession besitzen. Die nicht nur beliebte Gebühreneintreiberin Billag braucht es nicht mehr. Wer keine Medien nutzt, bezahlt neu eine Medienabgabe an den Service public.

Sollen die Stipendien unabhängig vom Wohnort festgelegt oder in einem Konkordat der Kantone nur harmonisiert werden? Mit ihrem mehrheitlichen Eintreten für eine Bundeslösung betrachtete die Mehrheit der Delegierten gleiche Chancen für alle Studierenden als wichtiger als die bisherige Struktur und Kompetenz der Kantone. Die EVP empfiehlt deshalb ein JA. Damit nimmt sie in Kauf, dass der Bund neu eine halbe Milliarde jährlich für Mindeststandards von Stipendien ausgibt, die den Studierenden zugutekommen.

Nein zu Lockerungen für Gentechnologie bei Menschen

EVP gegen Auslese zwischen wertem und unwertem Leben

■ MARIANNE STREIFF, EVP-NATIONALRÄTIN, URTENEN-SCHÖNBÜHL BE

Unter dem sperrigen Titel «Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich» soll die Bundesverfassung so geändert werden, dass im Labor gezielt zwischen wertem und unwertem Menschenleben entschieden werden kann.

Bei einem Ja zur Verfassungsänderung tritt das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz sofort in Kraft. Das Gesetz erlaubt die Präimplantationsdiagnostik (PID). Damit wird ermöglicht, dass im Reagenzglas erzeugte Embryonen vor ihrer Einsetzung in den Uterus auf ihre genetische Qualität überprüft und «defekte» ausge-



Das Menschsein beginnt als Embryo

schieden werden. Weil das Parlament die PID für alle Paare, die auf die künstliche Befruch-

tung zurückgreifen, erlauben will und nicht nur für solche mit einer genetischen Veranlagung für Erbkrankheiten, lehnt die EVP die Verfassungsänderung aus ethischen Gründen ab. Dass Geborene über die Ungeborenen verfügen, indem sie diese einer Qualitätskontrolle unterziehen, widerspricht dem christlichen Menschenbild. Ausserdem ist unhaltbar, dass wir zwischen lebenswert und nicht lebenswert entscheiden. Dies ist eine Diskriminierung für alle Menschen mit einer Behinderung. Darum ist der Dachverband der Behindertenorganisationen gegen die PID. Zudem öffnet die PID Tür und Tor für weitere künftig denkbare Fortpflanzungsverfahren wie z.B. Retterbabys oder Embryonenspenden. Die NEIN-Parole wurde von den Delegierten mit 82:9 Stimmen beschlossen.

VORSTÖSSE IM KANTONSRAT

Kinderbetreuung

Markus Schaaf fordert im Gesundheitswesen eine angepasste Kinderbetreuung für Fachkräfte, um den Personal-Notstand zu mildern (2014 275)

PJZ

Peter Ritschard will über den Planungsstand und die bisherigen Kosten für die Vorarbeiten beim Polizei- und Justizzentrum Auskunft haben (2014 336)

Staatsanwaltschaft

Peter Ritschard ist der Meinung, dass eine deckungsgleiche Organisation von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei nötig wäre (2014 351)

Lehrabschlussprüfungen

Walter Schoch bemängelt die geringe Erfolgsquote bei Lehrabschlussprüfungen insbesondere bei den Elektroinstallateuren. Das duale Bildungssystem darf nicht gefährdet werden durch unnötig hohe Anforderungen (2015 012)

Syrien

Peter Ritschard will Auskunft über die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sowie der Opfer von Folter im Kanton Zürich (2015 021)

Grünlicht

Markus Schaaf, Nik Gugger und Gerhard Fischer möchten Grünes Licht für die Feuerwehr einführen, um die Zufahrten zu verbessern (2015 027)

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

2x **Nein** zu Änderungen Gebührenfestsetzung

Leerläufe vermeiden

■ WALTER SCHOCH, EVP-KANTONSRAT, BAUMA

Der Hauseigentümerverband und der Gewerbeverband haben mit zwei Volksinitiativen eine Neuregelung des Gebührenwesens verlangt. Eine Mehrheit des Kantonsrates ist ihnen gefolgt und hat entsprechende Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes beschlossen.

Die EVP lehnt beide Änderungen entschieden ab. Für jede Gebühr, welche Kanton oder Gemeinden verlangen, besteht eine gesetzliche Grundlage. Ob Handänderungsgebühren, Benützungsggebühren für Turnhallen, Flughafengebühren oder Gebühren für die Ausstellung eines Passes – stets beruhen all diese Gebühren auf einem Beschluss der zuständigen Behörde,



Gebührenwesen soll so bleiben wie es ist

welche sich ihrerseits auf ein entsprechendes Gesetz stützen kann.

Neu sollen alle Gebühren in einem Katalog er-

fasst werden. Dieser Katalog, der mehrere Dutzend Seiten umfasst, müsste sodann alle 4 Jahre am Anfang jeder Amtsdauer von der Legislative genehmigt werden. Gemeindeversammlungen, Gemeindeparlamente, der Kantonsrat, sie alle müssten also jeweils alle geltenden Gebühren neu absegnen. Und über neue Gebühren muss unter Umständen sogar obligatorisch abgestimmt werden.

Die EVP kann dieser Neuregelung nichts Positives abgewinnen. Ein solcher bürokratischer Leerlauf macht keinen Sinn. Die bestehende Ordnung hat sich bewährt, die zuständigen Behörden legen die Gebühren transparent und vernünftig fest. Zu den vorgeschlagenen Änderungen von Verfassung und Gemeindegesetz empfehlen die Delegierten der Kantonalpartei einstimmig 2x NEIN.

Nein zur Abschaffung der Härtefallkommission

EVP für Fairness gegenüber abgewiesenen Asylbewerbern

■ PETER RITSCHARD, EVP-KANTONSRAT, ZÜRICH

Das Asylverfahren ist in der Schweiz gesetzlich gut geregelt. Die zuständigen Behörden nehmen ihre schwierige Aufgabe ernst. Ihre Entscheide sind für die Betroffenen oft hart. Ob wirklich ein Härtefall vorliegt, wenn z.B. schulpflichtige Kinder betroffen sind, entscheidet im Kanton Zürich der Sicherheitsdirektor. Er wird dabei von einer Härtefallkommission beraten. Diese soll nun mit einer Volksinitiative abgeschafft werden. Die EVP sagt dazu empört NEIN.

Abgewiesene Asylbewerber und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus werden aus-

gewiesen. So will es das Gesetz. In den meisten Fällen ist dies für die Betroffenen zwar hart, aber zumutbar. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Zumutbarkeit umstritten bleibt. In diesen Fällen entscheidet im Kanton Zürich der Sicherheitsdirektor. Vor seinem Entscheid lässt er sich durch eine Härtefallkommission beraten, der unter anderem auch Vertreter von Kirchen angehören. Ihre Empfehlung ist für ihn zwar nicht bindend, aber sehr hilfreich. 2014 musste der Sicherheitsdirektor nur in 3 von insgesamt 26 Fällen einen Stichentscheid fällen. In den übrigen 23 Fällen stimmten seine Beurteilung und die Empfehlung der Härtefallkommission überein.

Die geringe Zahl von Gesuchen und die weitgehend übereinstimmende Beurteilung der

behandelten Fälle haben die SVP und weitere ausländerrechtliche Hardliner auf die Idee gebracht, die Härtefallkommission abzuschaffen. Das wäre falsch. Nur schon die Möglichkeit, einen Fall an diese Kommission zu ziehen, steigert die Qualität der massgeblichen Entscheide und erhöht deren Akzeptanz. Mit dem Verschwinden der Härtefallkommission würde auch ein Stück Menschlichkeit in unserem Staat verschwinden. Das will die EVP verhindern. Die Delegiertenversammlung beschloss deshalb einstimmig die NEIN-Parole. Dies mit dem mahnenden Hinweis, dass die durch die Initiative provozierte Abstimmung erheblich mehr kostet als die bescheidene Härtefallkommission.

ANZEIGE

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf (afrikanisches Sprichwort)

familynetwork.ch

familynetwork.ch ist eine christliche Non-Profit-Organisation, die Kindern freilich nicht die Unterstützung eines ganzen Dorfes anbieten kann. Wir setzen uns jedoch dafür ein, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, deren Familien gewisse erzieherische Aufgaben vorübergehend oder dauerhaft nicht übernehmen können, in eine passende Pflegefamilie zu platzieren.

pflegfamilien gesucht

Mehr Informationen unter: www.familynetwork.ch
Kontakt: info@familynetwork.ch
oder Telefon an Frau M. Steiger 062 205 19 50

Kantonsrat: EVP-Wahlerfolg im Kanton – Sitzverlust in der Stadt

Peter Ritschard verliert den EVP-Sitz in Zürich-Nord



Claudia Rabelbauer
Stadtparteipräsidentin
Zürich

Vor einem Jahr ist die EVP der Stadt Zürich in den Gemeinderatswahlen knapp an der 5%-Klausel gescheitert. Bei den diesjährigen Kantonsratswahlen haben wir nun auch noch unseren Sitz im Kantonsrat verloren. Peter Ritschard erzielte zwar im Wahlkreis Zürich 11/12 persönlich ein sehr gutes Resultat. Bei der Verteilung der 8 Sitze (bisher 7), welche die EVP im ganzen Kanton gewonnen hatte, ging die Stadt Zürich leider leer aus.

Peter Ritschard war als Präsident der Kirchenpflege Oerlikon im Quartier sehr stark vernetzt. Noch heute übt er als Sachwalter einer Kirchgemeinde ein sehr anspruchsvolles Mandat aus. Seine übergemeindliche Zusammenarbeit trug im Jahre 2007 entscheidend zu seiner Wahl in den Kantonsrat bei. Im Kantonsrat profilierte er sich als Finanzpolitiker. Überdies wirkte er in der Kommission für Justiz und Sicherheit mit, wo u.a. der Umgang mit Hooligans zu regeln war. Lieber Peter, auch an dieser Stelle danken wir dir herzlich für deinen grossen Einsatz für unsere Stadt. Sicher dürfen wir auch in Zukunft auf deinen Rat und deine Unterstützung zählen.

Ja, Unterstützung brauchen wir für die EVP der Stadt Zürich dringend. Unser Ziel, 2018 in den Gemeinderat und 2019 in den Kantonsrat



Peter Ritschard vertrat die EVP der Stadt Zürich von 2007 bis 2015 im Kantonsrat

zurückzukehren, erreichen wir nur mit vereinten Kräften. Diese gelten im Moment vor allem unserer Initiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt».

Vom Znünischiessen bis zur Kunstvernissage

Barbara Günthard Fitze berichtet über ihr Präsidialjahr



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin,
Winterthur

Am 11. Mai 2015 wurde Barbara Günthard Fitze nach einem intensiven Amtsjahr als Gemeinderatspräsidentin von Winterthur abgelöst. Die EVP-Politikerin erzählt von den grössten Herausforderungen und Freuden ihres Amtes. Ein Kurzinterview.



Barbara Günthard Fitze war ein Jahr lang höchste Winterthurerin

Lilian Banholzer (LB): Was macht eine Ratspräsidentin überhaupt?

Barbara Günthard Fitze (BGF): Das Wichtigste ist natürlich die Leitung der Ratssitzungen. Ausserhalb des Ratsbetriebs sind es hauptsächlich umfangreiche repräsentative Aufgaben.

LB: Wie viele Anlässe hast du besucht und wie gross war dein Zeitaufwand dafür?

BGF: Üblicherweise wird beim Fazit über die Präsidiumszeit eine Statistik über die besuch-

ten Anlässe präsentiert. Ich habe die Anlässe extra nicht gezählt, denn wichtig ist ja nicht die Anzahl, sondern die Vielfalt der Begegnungen. Es waren aber viele, denn mein Präsidiums-jahr fiel mit dem Jubiläum 750 Jahre Stadtrecht Winterthur zusammen.

LB: Was hat dir am Amt am besten gefallen?

BGF: Der Kontakt und die Begegnungen mit Menschen aus den verschiedensten Kreisen unserer Gesellschaft, aus vielen Vereinen, Gruppierungen und Kulturkreisen.

LB: Und was war das Schwierigste für dich?

BGF: Das Anspruchsvollste waren komplexe Gemeinderatsgeschäfte mit vielen verschiedenen Anträgen oder auch die Budgetsitzungen. Ausserdem fiel es mir schwer, nicht abstimmen zu können, wenn es um wichtige Geschäfte ging.

LB: Welche Ereignisse dieses Jahrs wirst du besonders in Erinnerung behalten?

BGF: Die Teilnahme am Znünischiessen des Pistolensportvereins Veltheim. Ich hatte vorher noch nie geschossen und kam an dieser Veranstaltung in eine für mich fremde Welt. Dann auch mein einziger Stichentscheid in diesem Jahr zum Projektierungskredit für das neue Polizeigebäude. Es wurde mir gesagt, es sei der teuerste Stichentscheid gewesen, der je im Gemeinderat gefällt wurde. Es geht immerhin um eine Investition von 80 Mio. Franken.

LB: Konntest du in deinem Amtsjahr auch etwas für die EVP bewirken?

BGF: Schwierig zu sagen. Das Bild der Partei in

den Köpfen der Leute, die mir begegnet sind, hat vielleicht etwas Konturen gewonnen und ich konnte für die EVP einen guten Boden bereiten. Aber primär steht die Person im Vordergrund und nicht die Partei.

LB: Was machst du mit der wieder gewonnenen Zeit?

BGF: Ich werde wieder musizieren und kulturelle Veranstaltungen besuchen. Auch in das Amt als Winterthurer Parteipräsidentin möchte ich wieder etwas mehr Zeit investieren.

BEHÖRDENMITGLIED



Christine Merseburger
Gemeinderätin, Wädenswil

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich gerne Verantwortung übernehme
- ... ich meine Umgebung aktiv mitgestalten will
- ... das Suchen und Finden von konstruktiven Problemlösungen mich herausfordert

Die EVP-Kantonsräte und die Bestplatzierten der EVP



Katharina Schafroth Hächler **Felix Ruther**



Kurt Leuch **Sandra Rottensteiner**



Peter Ritschard **Gery Bosshard** **Claudia Rabelbauer** **Martin Mächler**



Lisette Müller-Jaag **Werner Schneebeli**



Tobias Mani **Christoph Anderegg**



Ursula Hänni-Hauser **André Tapernoux**

Peter Reinhard



Walter Meier



Daniel Sommer



elfingen



Martin Schwager

Christina Furrer



Nik Gugger



Mark Wisskirchen

Edgar Urech

Markus Schaaf



Winterthur Stadt



Barbara Günthard Fitze

Blerim Bunjaku

Winterthur Land

Walter Schoch



Pfäffikon



Katharina Wachter

Richard Weber

Uster

Gerhard Fischer



Hanspeter Hugentober

Hans Rudolf Kocher

Hinwil

Johannes Zollinger



Tanja Bösch

Heinz Kunz



Beat Monhart

Esther Kaufeld

*jevz Zürich für Nationalratswahlen startklar

Ein Bericht über die Vorbereitungen

■ RENATO PFEFFER, EVP-JUGENDBEAUFTRAGTER, RICHTERSWIL

Die *jevz Zürich will sich im Herbst mit einer eigenen Liste im Wahlkampf für eine Stärkung der sozialen Mitte einsetzen. Dazu sprechen wir mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten gezielt Themen an, welche die Jugend betreffen.

An der vergangenen Delegiertenversammlung der EVP Zürich wurde die Liste der *jevz Zürich für die Nationalratswahlen im Herbst verabschiedet und genehmigt. Es freut mich, 35 motivierte junge Frauen und Männer aus unseren Reihen gefunden zu haben, die sich im Wahlkampf für unsere Partei stark machen wollen. Angeführt wird die Liste von Nadine Burtscher, welche die EVP im Gemeinderat Dietikon vertritt, gefolgt von mir und Tania Woodhatch auf dem dritten Listenplatz. Gemeinsam werden wir der EVP ein junges Gesicht geben.

Zusammen mit der *jevz Bern und der *jevz Aargau werden wir in drei Kantonen mit einer



Nadine Burtscher, Dietikon, ist Spitzenkandidatin der *jevz Kanton Zürich

eigenen Liste für die Wahlen antreten. Da wir als Jungpartei begrenzte Mittel haben, arbeiten wir eng mit ihnen zusammen. So können wir auf Bundesebene gemeinsame Aktionen planen und geschlossen in den Medien auftre-

ten. Unsere Themen werden vor allem in der Bildungspolitik und der Gestaltung unserer Zukunft liegen. Wir sind es, die die Schulden tragen müssen, welche die politisch verantwortliche Generation hinterlässt. Wir sind es, welche mit den jetzt entstehenden Umweltschäden leben müssen. Wir sind es, für welche jetzt beschlossene Gesetzesänderungen direkte Folgen haben werden.

Unser Ziel ist es, vor allem durch Aktionen auf Social Media die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz für die Wahlen zu begeistern. Und wer weiss – vielleicht können wir ja im Herbst eine unserer Kandidatinnen oder Kandidaten nach Bern schicken, um sich für diese Anliegen stark zu machen. Sicher unterstützen wir aber eine Unterlistenverbindung mit unserer Mutterpartei – in dem Wissen, dass sie sich auch für diese Anliegen einsetzt.

IN KÜRZE

EVP-Nationalratsliste

Die Delegierten haben Maja Ingold, Winterthur (bisher), Nik Gugger, Winterthur, und Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon ZH, in die Spitzengruppe der EVP-Nationalratsliste gesetzt. Über eine Listenverbindung entscheidet die Parteileitung. Priorität haben CVP/BDP, möglich sind aber auch EDU, GLP und andere Parteien. Ziel ist ein zweiter EVP-Sitz.

EVP-Frauen demonstrieren für Lohngleichheit

Frauen entgehen aufgrund ihres Geschlechts 7,7 Milliarden pro Jahr

■ LISETTE MÜLLER-JAAG, A. KANTONS RÄTIN EVP, KNONAU

In der Schweiz verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch 18,9 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Um diese Lohnungleichheit anzuprangern, reiste die EVP nach Bern und beteiligte sich zusammen mit 12'000 Frauen aus allen Parteien, aus vielen Verbänden, Gewerkschaften und weiteren Organisationen an einer friedlichen Kundgebung.

Rund 30 EVP-Frauen aus verschiedenen Kantonen verließen mit den gelb-blauen Bannern dem Umzug von der Schützenmatte zum Bun-

deshaus fröhliche Farbe. Ernst hingegen war das Thema: die Umsetzung des Gleichstellungsartikels, Art. 8 Abs.3 der Bundesverfassung, wo es explizit heisst: «Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit». Die Umsetzung lässt seit über 30 Jahren auf sich warten.

Auf dem Bundesplatz drückten prägnante Rednerinnen aus, was alle beschäftigt. Die Gleichstellung ist vielerorts noch nicht umgesetzt. Dies forderten die Demonstrierenden und befürworteten die Anhebung des Rentenalters für Frauen erst dann, wenn die Gleichberechtigung auch in der Lohnfrage konsequent umgesetzt ist.



Die EVP-Frauen brachten Farbe in die Demo

STATEMENT



Peter Ritschard
EVP-Kantonsrat, Zürich

«Es genügt nicht, keine Meinung zu haben, man muss auch noch unfähig sein, sie auszudrücken.»

Peter Ritschard kritisiert im Kantonsrat den Regierungsrat. Sparen ohne Sparvorschläge ist schwierig.

Was können wir für die syrischen Christen tun?

Diskriminierung von Christen bei der Registrierung von Flüchtlingen



Gerettet im Flüchtlingslager und zum Warten verdammt

Trostloser Weg in die Zukunft

■ PETER SCHÄPPI, EVP WÄDENSWIL

Die Lage ist dramatisch. Der Staat funktioniert in Syrien kaum mehr. 12 Millionen Menschen sind dringend auf Hilfe angewiesen, darunter auch viele Christen. Das Drama dauert nun schon 4 Jahre ohne Hoffnung auf ein baldiges Ende.

Der Islamische Staat breitet seine Herrschaft über grosse Teile von Syrien und Irak laufend aus. Aus Syrien fließen die Nachrichten nur spärlich. Die humanitäre Lage ist hier jedoch noch schlimmer. Christen sind besonders be-

troffen. Ihnen bleiben nur der Übertritt zum Islam, Bezahlung einer hohen Schutzsteuer, der Tod – oder die Flucht. Schätzungsweise die Hälfte aller Christen haben das Land verlassen. In den Flüchtlingslagern fehlt nicht nur jede Privatsphäre, es herrschen auch Hunger und Krankheiten. Belastend ist zudem die Hoffnungslosigkeit, denn an eine Rückkehr ist kaum zu denken.

Die rasche Rückkehr in die Heimat würde den Flüchtlingen die nachhaltigste Hilfe bieten. Dazu können wir aber kaum etwas beitragen. So bleiben uns das Gebet, die Unterstützung von Hilfswerken und die Aufnahme von Flüchtlingen.

Direkte Hilfe leisten mehrere Hilfswerke, und zwar unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge. Zu ihnen gehören neben dem IKRK u.a. die christlichen Organisationen «HMK Hilfe für Mensch und Kirche» und «AVC Aktion für verfolgte Christen». Im Auftrag der gemeinnützigen Stiftung Hoffnungsnetz leisten sie humanitäre Hilfe über lokale Partner direkt vor Ort. Regelmässig erhalten rund 40 000 Notleidende Nahrungsmittel, medizinische Betreu-

ung und Zuflucht. Allein schon die Anwesenheit dieser Helferinnen und Helfer und ihre Anteilnahme schaffen neue Hoffnung. Die Menschen erfahren, dass sie nicht vergessen sind.

Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, 3000 syrische Flüchtlinge in der Schweiz aufzunehmen. Trotz der Bedenken, diese Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung herauszunehmen, ist dies zweifellos ein richtiger Schritt. Den syrischen Christen nützt er aber kaum etwas. Einerseits sind so genannte Binnenflüchtlinge von dieser Hilfe ausgeschlossen. Und andererseits sind die Flüchtlingslager islamistisch beherrscht, so dass bei der Auswahl durch die UNO Christen praktisch keine Chance haben, in das Kontingent aufgenommen zu werden. Wegen dieser besonderen Art der Diskriminierung von Christen hat EVP-Nationalrätin Maja Ingold den Bundesrat aufgefordert, die Benachteiligung christlicher Flüchtlinge bei der Aufnahme zu vermeiden. Ausserdem haben mehrere Pfarrpersonen Bundesrätin Simonetta Sommaruga aufgefordert, darauf zu achten, dass sich unter den Aufgenommenen auch Christen und Christinnen befinden.

WER HILFT?

In Syrien hilft u.a. das Hoffnungsnetz, ein Zusammenschluss von christlichen Hilfswerken:

- www.hoffnungsnetz.ch
- www.hmk-aem.ch
- www.avc-ch.org

PC Hoffnungsnetz: 46-7906-0 «Syrien»

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie

Gewinnen Sie **zwei Nächte** für **zwei Personen** inkl. Halbpension im **Hotel Almina, Adelboden**.



Gewinner
Ausgabe Nr. 138:
Thut Markus,
Andelfingen

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Wie viele Personen sind für die EVP im neuen Kantonsrat? (Seiten 7/8)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

Frage 2: Wer ist EVP-Ständeratskandidatin 2015? (Seite 1)

Einsendeschluss:
Ende Juni 2015

Senden an: EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch



Berggenuss schon ab CHF 98.00 pro Person / Nacht mit Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

vch HOTELS
Verband Christlicher Hotels

silserhof

7515 Sils-Baselgia (Engadin)



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch



Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch



Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch



gndruck ag
good news druck

Offsetdruck
Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch



Klaviere & Flügel
Stimmungen, Reparaturen
Occasionen, Mieten, Expertisen;
Rabatt für alle Mitglieder

Theo Meier (EVP Adliswil)
Klavierbaumeister, Konzertstimmer
Finsterrütistrasse 32, 8134 Adliswil
Tel 044 710 74 65 / 079 668 47 85
Fax 044 710 77 38 / mail@klavier-meier.ch / www.klavier-meier.ch



CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien
Gruppenaufenthalte
Seminare



www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50

GEWERBE

P+S Werbung AG
Grafik, Werbung, Beschriftungen
Weieracherstr. 10, 8184 Bachenbülach
Tel. 044 864 40 40, mail@pswerbung.ch

saldor treuhand ag
Allmendstrasse 14, 8320 Fehraltorf
Tel. 043 355 78 78, Fax 043 355 78 79
www.saldor.ch, andreas.bieri@saldor.ch

FOTO WELTI AG
Lindenplatz 4, 8048 Zürich
Tel. 044 431 11 31, office@fotowelti.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Verwaltung der EVP-Liegenschaften
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03
sekretariat@bgj32.ch, www.bgj32.ch

Livenet connecting people with God and one another

jesus.ch - Evangelisation

livenet.ch - News, Stellen, Agenda, Ermutigung

beratungsverzeichnis.ch - Seelsorge & Beratung

everyhome.ch, adoptiere.ch - Jedes Haus erreichen

Surftipps

Sterbehilfe und Steuerfall Dürnten

■ ARTHUR PHILDIUS, VOLKETSCHWIL

Sterbehilfe: Das Vertrauen fehlt noch immer

Obwohl der Regierungsrat beschwichtigt: Die EVP-Fraktion sieht weiterhin Missstände in der Sterbehilfe – besonders bei extra zum Freitod Eingereisten. Vor allem fordert sie unabhängige Gutachten und mehr Zeit zum Beurteilen.

«Wir sind unglücklich mit diesen Antworten», nimmt EVP-Kantonsrat Gerhard Fischer Stellung. Er hat, mit Markus Schaaf und Peter Ritschard, dem Regierungsrat unbequeme Fragen zur Sterbehilfe gestellt. Nun liegen die Antworten vor. Die Regierung beteuert, alle Gesetzesvorgaben würden stets sorgfältig eingehalten: «Es besteht kein Bedarf an zusätzlichen Regelungen.»

Doch, sagt die EVP-Fraktion. «Wir bezweifeln, dass die Gutachter der Sterbehilfe-Organisationen so unabhängig sind», erklärt Fischer. «Darum wünschen wir uns einen unabhängigen zweiten Gutachter, um alles in Ruhe nochmals anzuschauen.» Dies solle verhindern, dass jemand einreise, bezahle und wenig später sterbe. Hier setze der Zwang zu einer Zweit-

meinung eine zeitliche Hürde. Zudem verlangt die EVP Einblick in die Finanzen. Vor allem bei Dignitas, die laut Regierung Vorschüsse von 7000 bis 10500 Franken verlangt. «Das finden

wir zu hoch», ärgert sich Fischer. «Tod darf kein Geschäft sein. Dies verlangt das Gesetz.» Die EVP bleibt hier hart am Ball und überlegt sich sorgfältig weitere Vorstösse.



Morgens im Eurocity angereist, abends im Sarg abgereist? Das kann's nicht sein, findet die EVP.

Fall Dürnten: Gesetzmässig, aber trotzdem unvernünftig

Die EVP-Fraktion ist auch in einem anderen Thema aktiv: Der Fall des Legasthenikers aus Dürnten machte Schlagzeilen. Völlig überfordert mit Steuererklärungen, fügte er sich stetig wachsenden Pflichteinschätzungen. Das trieb ihn in den Ruin. Korrekt? «Die Steuern wurden gemäss Gesetz eingeschätzt und bezogen», antwortet der Regierungsrat drei Oberländer Kantonsräten aus drei Parteien. Alles sei rechtskräftig und nicht korrigierbar. «Wir sind nicht zufrieden», bedauert einer der drei, Gerhard Fischer (EVP). Johannes Zollinger hat Ideen zum Nachhaken und präzisiert: «Vermutlich haben alle nach gesetzlichen Vorgaben alles richtig gemacht. Aber was dabei herauskam, war nicht richtig. Das System weist eklatante Mängel auf.» Die Verwaltung dürfe die Vernunft vor Mitbürgern nicht verlieren. Lokal stehen drei Initiativen zur Debatte, um E.S. 250 000 Franken als steuerfreie Genugtuung zurückzuerstatten.

Sanftes Waschen – Ihrer Wäsche zuliebe

R. HUNZIKER AG

Waschmaschinen-fabrik

5728 Gontenschwil

Tel. 062 773 11 70

www.huwa.ch

PALADINA

SCHÖNSTE FERIE IM TESSIN

Erholung in ihrer schönsten Form

www.paladina.ch

Hotel Centro Paladina

Via Paladina | CH-6984 Pura | www.info@paladina.ch

Tel. +41 (0)91 611 20 00 | Fax +41 (0)91 611 20 02

Stiftung Gott hilft
sozial.engagiert.

... den Augenblick geniessen

- Wander-, und Ausflugswochen
- Bibel- und Themenwochen
- Atem- und Entspannung
- Kreativwochen

oder einfach Zeit für sich

Hotel Sunnehüsi

Alte Gasse 10, CH - 3704 Krattigen

Telefon: 033 650 78 78

info@sunnehuesi.ch

www.sunnehuesi.ch

Das Hotel Sunnehüsi befindet sich an schönster, ruhiger und sonniger Lage. Die Aussicht auf den See und die Berge ist einzigartig. Zentrale Lage für erlebnisreiche Tage, mit traumhaften Wanderungen, Ausflüge und Sehenswürdigkeiten ins ganze Berner Oberland.

Als Gast sind Sie auch ohne Teilnahme an Kursen oder Freizeiten herzlich willkommen.

Angebote und Ferien für Gruppen, Gemeinden und Senioren:
Gerne stellen wir Ihnen ein Programm oder Dokumentation zusammen. Preise auf Anfrage!

ANZEIGE

AGENDA

Bern Bundeshaus

8. Juni, ab 9.00 Uhr
Zürich HB, Bern Bundeshaus
Stadt- und Bundeshausführung.

Abstimmungen

14. Juni

Kinder- und Frauenhandel

18. Juni, 18.30 Uhr
Zürich Hottingen
Information über den Frauenhandel

Kandidatenschulung NR

20. Juni, ab 10.00 Uhr
Winterthur
EVP-Schweiz: Kandidaten sollten wissen...

Überzeugend sein

4. Juli, ab 9.00 Uhr
Pfäffikon, ERF Medien
Persönlichkeit fördern, auftreten in
Medien, vor Publikum. *Mit Verena Birchler*

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

PAROLEN

Abstimmungen vom 14. Juni 2015

Bund

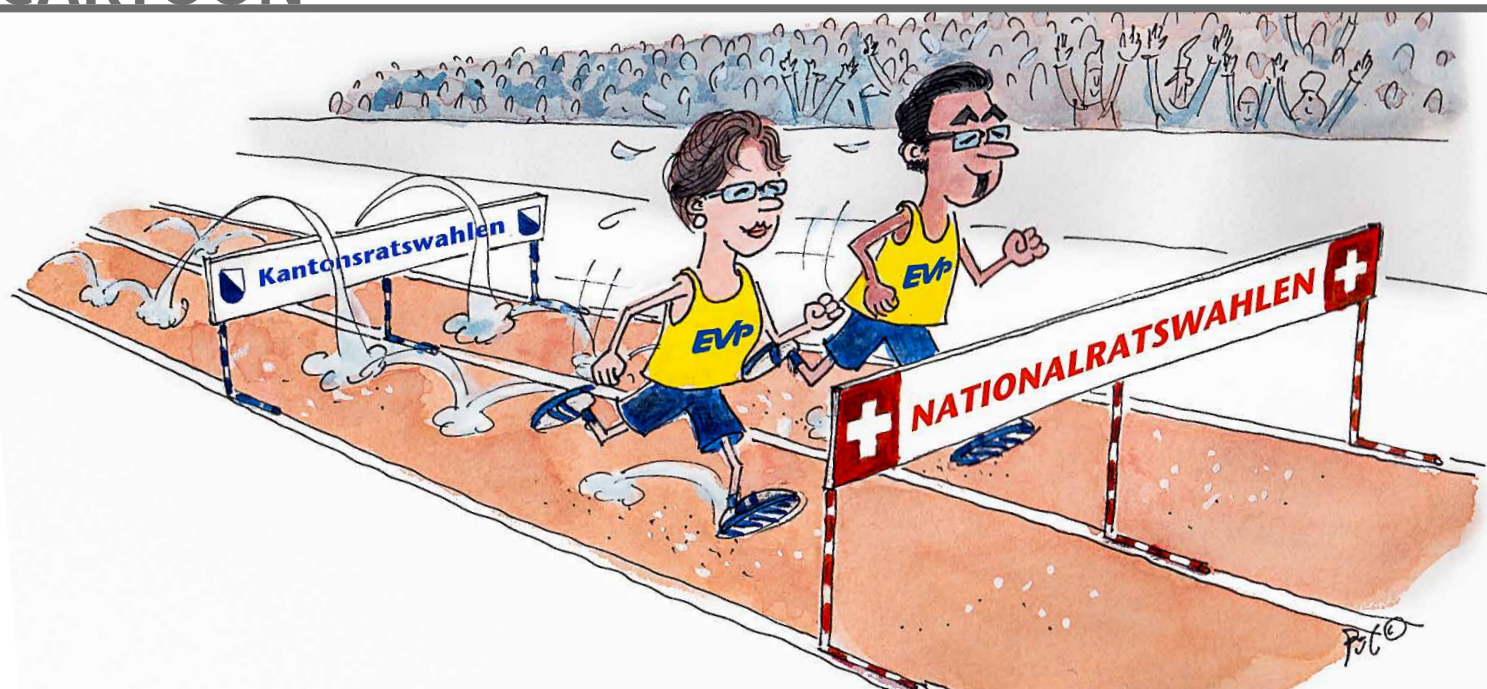
- NEIN** Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (Ausweitung der Pränatalen Diagnostik PID)
- JA** VI «Stipendieninitiative»
- JA** VI «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV (Erbrechtssteuerreform)»
- JA** Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen

Kanton

- NEIN** Obligatorisches Referendum für Gebühren (Änderung Kantonsverfassung)
- NEIN** Gemeindegesezt (Änderung: Gebührenkatalog)
- NEIN** VI «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus»

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

CARTOON



Die EVP hat die Wahlhürde bei den Kantonsratswahlen gut genommen. Jetzt rennen Maja Ingold und Nik Gugger für die EVP auf die nächste Wahlhürde zu.

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renate Herren (rh), Adlikon ZH, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius, Volketswil (aph), Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeiter/innen:** Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon ZH, Maja Ingold, Winterthur, Christine Merseburger, Wädenswil, Lisette Müller-Jaag, Knonau, Claudia Rabelbauer, Zürich, Walter Schoch, Bauma, Marianne Streiff, BE. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evpzh.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. **Postkonto:** 87-467939-4. **Auflage:** Druck: 41'800; WEMF-beglaubigt 40'400. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.